Deutscher Bundestag **Drucksache 17/6062**

17. Wahlperiode 06. 06. 2011

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Übereinkommens vom 4. August 1963 zur Errichtung der Afrikanischen Entwicklungsbank

A. Problem und Ziel

Der Gouverneursrat der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB), deren Mitglied die Bundesrepublik Deutschland seit 1983 ist, hat mit Zustimmung der Bundesregierung mehrere Änderungen des Gründungsübereinkommens gebilligt. Diese sehen insbesondere vor: die Streichung von Vorschriften, die nach dem Ende des Goldstandardsystems obsolet geworden sind, die Optimierung der Kapitalausnutzung, die Abschaffung von Provisionen auf direkte Darlehen, die Erweiterung des Direktoriums um zwei Sitze sowie geringfügige Neuerungen im Verfahren und bei den internen Zuständigkeiten der Bank. Die Änderungen haben in weiten Teilen lediglich klarstellenden Charakter und insgesamt kaum praktische Auswirkungen für die Mitgliedstaaten. Die Erweiterung des Direktoriums sorgt für die bessere Repräsentanz der Mitgliedstaaten der Bank. Die Änderungen des Gründungsübereinkommens sind durch die Mitgliedstaaten nach deren jeweiligen innerstaatlichen Verfahren anzunehmen.

B. Lösung

Durch das Vertragsgesetz sollen die Voraussetzungen nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für das Inkrafttreten der Änderungen des Übereinkommens geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Für die öffentlichen Haushalte ergeben sich keine unmittelbaren Auswirkungen. Insbesondere hat die Bank zugesagt, die Erweiterung des Direktoriums kostenbewusst umzusetzen.

2. Vollzugsaufwand

Kein Vollzugsaufwand.

E. Sonstige Kosten

Keine.

F. Bürokratiekosten

Mit dem Gesetzentwurf werden keine Informationspflichten für die Wirtschaft, für Bürgerinnen und Bürger sowie für die Verwaltung eingeführt, geändert oder aufgehoben.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

Berlin, 6. Juni 2011

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Prof. Dr. Norbert Lammert
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Übereinkommens vom 4. August 1963 zur Errichtung der Afrikanischen Entwicklungsbank

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Der Bundesrat hat in seiner 883. Sitzung am 27. Mai 2011 gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen

Angela Merkel

Entwurf

Zweites Gesetz zur Änderung des Übereinkommens vom 4. August 1963 zur Errichtung der Afrikanischen Entwicklungsbank

Vom

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Den Änderungen des Übereinkommens vom 4. August 1963 zur Errichtung der Afrikanischen Entwicklungsbank (BGBl. 1981 II S. 253, 254), die der Gouverneursrat der Afrikanischen Entwicklungsbank in seinen Entschließungen B/BG/2001/08 vom 29. Mai 2001 und B/BG/2010/10 vom 27. Mai 2010 gebilligt hat, wird zugestimmt. Die Entschließungen werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wird ermächtigt, Änderungen des Übereinkommens zur Errichtung der Afrikanischen Entwicklungsbank nach Artikel 60 des Übereinkommens, die sich im Rahmen der Ziele des Übereinkommens halten und nicht Artikel 57 des Übereinkommens betreffen, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates in Kraft zu setzen.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Die Änderungen durch die Entschließung B/BG/2001/08 vom 29. Mai 2001 sind nach Artikel 60 Absatz 4 des Übereinkommens für die Bundesrepublik Deutschland und alle weiteren Vertragsparteien am 5. Juli 2002 in Kraft getreten.

(3) Die Änderungen durch die Entschließung B/BG/2010/10 vom 27. Mai 2010 sind nach Artikel 60 Absatz 4 des Übereinkommens für die Bundesrepublik Deutschland und alle weiteren Vertragsparteien am 27. Mai 2010 in Kraft getreten.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf die Änderungen ist Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes anzuwenden, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Zu Artikel 2

Das Übereinkommen wird regelmäßig durch Entschließungen des Gouverneursrates geändert. Bei den Änderungen handelt es sich in aller Regel um Detailbestimmungen, etwa zur Verfassung der Bank oder zum Management der Kapitalbestände, die keine unmittelbare Auswirkung auf die Mitgliedstaaten haben und ohne Haushaltsausgaben und Vollzugsaufwand umgesetzt werden können. Ein innerstaatlicher Entscheidungsspielraum besteht nicht.

Die Vorschrift schafft eine Ermächtigung für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, künftige Änderungen des Übereinkommens nach dessen Artikel 60 durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates in Kraft zu setzen. Hiervon ausgenommen sind Änderungen des Artikels 57 (Steuerbefreiung).

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes. In den Absätzen 2 und 3 wird bekannt gemacht, wann die Änderungen für die Bundesrepublik Deutschland und alle weiteren Vertragsparteien in Kraft getreten sind.

Schlussbemerkung

Der Gouverneursrat der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB), deren Mitglied die Bundesrepublik Deutschland seit 1983 ist, hat mit Zustimmung der Bundesregierung mehrere Änderungen des Gründungsübereinkommens gebilligt. Diese sehen insbesondere vor: die Streichung von Vorschriften, die nach dem Ende des Goldstandardsystems obsolet geworden sind; die Optimierung der Kapitalausnutzung; die Abschaffung von Provisionen auf direkte Darlehen; die Erweiterung des Direktoriums um zwei Sitze sowie geringfügige Neuerungen im Verfahren und bei den internen Zuständigkeiten der Bank. Die Änderungen haben in weiten Teilen lediglich klarstellenden Charakter und insgesamt kaum praktische Auswirkungen für die Mitgliedstaaten. Die Erweiterung des Direktoriums sorgt für die bessere Repräsentanz der Mitgliedstaaten der Bank.

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Kosten für die Wirtschaft entstehen nicht. Das Gesetz hat keine Auswirkungen auf Einzelpreise, das Preisniveau sowie auf Verbraucherinnen und Verbraucher. Mit dem Gesetz werden keine Informationspflichten für die Wirtschaft sowie für die Verwaltung eingeführt, geändert oder aufgehoben.

Unbeabsichtigte Nebenwirkungen des Gesetzes sind nicht zu besorgen. Das Gesetzesvorhaben trägt zu einer nachhaltigen Entwicklung bei. Insbesondere ermöglichen die Abkommensänderungen eine effizientere Nutzung der Kapitalressourcen der Bank und verbessern damit die Möglichkeiten zur Förderung von Projekten. Durch die Änderungen wird zudem ausdrücklich klargestellt, dass die Bank nur nachhaltige Entwicklung fördert.

Entschließung B/BG/2001/08

Angenommen auf der sechsunddreißigsten Jahrestagung
der Afrikanischen Entwicklungsbank am 29. Mai 2001

Änderungen des Übereinkommens
zur Errichtung der Afrikanischen Entwicklungsbank

Resolution B/BG/2001/08

Adopted at the Thirty-Sixth Annual Meeting
of the African Development Bank, on 29 May 2001

Amendments to the Agreement
Establishing the African Development Bank

Résolution N° B/BG/2001/08

Adoptée à la 1ère séance de la Trente-sixième Assemblée annuelle
de la Banque africaine de développement, le 29 mai 2001

Amendements à l'Accord portant création
de la Banque africaine de développement

(Übersetzung)

The Board of Governors,

Having regard to:

1. The Agreement Establishing the African Development Bank (the "Bank Agreement"), in particular Articles 1 (Purpose), 29 (Board of Governors: Powers), and 60 (Amendments); and

2. The Report of the Governors' Consultative Committee (GCC) of the African Development Bank (the "Bank"), as set forth in Document ADB/BG/WP/2001/09 (the "Report");

Having considered the Report, in particular the recommendations of the GCC to amend certain Articles of the Bank Agreement to: (i) harmonize the voting majorities therein with the new voting majorities in Article 35, adopted pursuant to Resolution B/BG/98/04; (ii) remove all obsolete provisions in the Bank Agreement; and (iii) harmonize the Bank Agreement, as appropriate, with the Charters of other MDBs;

Hereby decides to amend Articles 1 (Purpose), 5 (Authorized Capital), 6 (Subscription of Shares), 7 (Payment of Subscription), 14 (Recipients and Methods of Operation), 15 (Limitations on Operations), 16 (Provision of Currencies for Direct Loans), 17 (Operational Principles), 18 (Terms and Conditions

Le Conseil des gouverneurs,

Vu:

(i) L'Accord portant création de la Banque africaine de développement (l'«Accord de la Banque»), en particulier les articles 1 (But), 29 (Conseil des gouverneurs: pouvoirs) et 60 (Amendements); et

(ii) Le rapport du Comité consultatif des gouverneurs (CCG) de la Banque africaine de développement (la «Banque») tel que contenu dans le document ADB/BG/2001/09 (le «Rapport»);

Ayant examiné le Rapport, en particulier les recommandations du CCG d'amender certains articles de l'Accord de la Banque en vue: (i) d'harmoniser les majorités de vote y contenues avec les nouvelles majorités de vote prévues à l'article 35, adoptées par la résolution B/BG/98/04; (ii) retirer toutes les dispositions obsolètes de l'Accord de la Banque; et (iii) harmoniser l'Accord de la Banque pour être en conformité avec les chartes des autres BMDs;

décide par la présente résolution d'amender les articles 1 (But), 5 (Capital autorisé), 6 (Souscription des actions), 7 (Paiement des souscriptions), 14 (Bénéficiaires et méthodes des opérations), 15 (Limites des opérations), 16 (Fourniture de monnaies pour les prêts directs), 17 (Principes de ges-

Der Gouverneursrat –

eingedenk

1. des Übereinkommens zur Errichtung der Afrikanischen Entwicklungsbank („Bankübereinkommen"), insbesondere der Artikel 1 (Zweck), 29 (Gouverneursrat: Befugnisse) und 60 (Änderungen), sowie

2. des Berichts des Beratungsausschusses des Gouverneursrats der Afrikanischen Entwicklungsbank („Bank"), enthalten in Dokument ADB/BG/WP/2001/09 („Bericht");

nach Prüfung des Berichts, insbesondere der Empfehlungen des Beratungsausschusses, bestimmte Artikel des Bankübereinkommens mit dem Ziel zu ändern, i) die darin festgelegten Stimmenmehrheiten an die aufgrund der Entschließung B/BG/98/04 angenommenen neuen Mehrheiten in Artikel 35 anzupassen; ii) alle überholten Bestimmungen des Bankübereinkommens zu entfernen und iii) das Bankübereinkommen, soweit es angezeigt ist, an die Gründungsurkunden anderer multilateraler Entwicklungsbanken anzugleichen –

beschließt hiermit, die Artikel 1 (Zweck), 5 (Genehmigtes Kapital), 6 (Zeichnung von Anteilen), 7 (Einzahlung der gezeichneten Beträge), 14 (Empfänger und Geschäftsmethoden), 15 (Grenzen der Geschäftstätigkeit), 16 (Zurverfügungstellung von Währungen für direkte Darlehen), 17 (Ge-

for Direct Loans and Guarantees), 19 (Commission and Fees), 20 (Special Reserve), 26 (Valuation of Currencies and Determination of Convertibility), 27 (Use of Currencies), 28 (Maintenance of Value of the Currency Holdings of the Bank), 30 (Board of Governors: Composition), 40 (Channel of Communications; Depositories), 44 (Suspension), 45 (Settlement of Accounts), 47 (Termination of Operations), 49 (Distribution of Assets), 60 (Amendments), and 62 (Arbitration) of the Bank Agreement, as more fully set forth below:

1. Amendment to Article 1 of the Bank Agreement (Purpose)

Article 1 of the Bank Agreement is hereby amended to read as follows:

The purpose of the Bank shall be to contribute to the sustainable economic development and social progress of its regional members – individually and jointly.

2. Amendment to Article 5 of the Bank Agreement (Authorized Capital)

Article 5, sub-paragraphs 1 and 2, of the Bank Agreement is hereby amended to read as follows:

1. a. The initial authorized capital stock of the Bank shall be 250,000,000 units of account. It shall be divided into 25,000 shares of a par value of 10,000 units of account each share, which shall be available for subscription by members. The authorized capital stock may be increased in accordance with paragraph 3 of this article.

b. The value of a unit of account shall be equivalent to one Special Drawing Right (SDR) of the International Monetary Fund or any unit adopted for the same purpose by the International Monetary Fund.

2. The authorized capital stock shall be divided into paid-up shares and callable shares. The proportion between the paid-up shares and the callable shares shall be determined by the Board of Governors from time to time. The callable shares shall be callable for the purpose defined in paragraph 4(a) of article 7 of this Agreement.

3. Amendment to Article 6 of the Bank Agreement (Subscription of Shares)

Article 6(4) of the Bank Agreement is hereby amended to read as follows:

4. Shares of stock initially subscribed by States which acquire membership in accordance with paragraph (1) of article 64 of this Agreement shall be issued at par. Other shares shall be issued at par unless the Board of Governors decides in special circumstances to issue them on other terms.

tion), 18 (Conditions et modalités des prêts directs et des Garanties), 19 (Commissions et redevances), 20 (Réserve spéciale), 26 (Evaluation des monnaies et détermination de la convertibilité), 27 (Emploi des monnaies), 28 (Maintien de la valeur des avoirs de la Banque en devises), 30 (Conseil des gouverneurs: composition), 40 (Mode de communication avec les Etats membres; dépositaires), 44 (Suspension), 45 (Règlement des comptes), 47 (Arrêt définitif des opérations), 49 (Distribution des avoirs), 60 (Amendements), et 62 (Arbitrage) de l’Accord de la Banque tel qu’énoncé plus amplement ci-dessous:

1. Amendement à l’article 1 de l’Accord de la Banque (But)

L’article 1 de l’Accord de la Banque est ainsi amendé et se lira désormais comme suit:

Le but de la Banque est de contribuer au développement économique et au progrès social durables de ses Etats membres régionaux, individuellement et collectivement.

2. Amendement à l’article 5 de l’Accord de la Banque (Capital autorisé)

L’article 5 alinéas 1 et 2 de l’Accord de la Banque est ainsi amendé et se lira désormais comme suit:

1. a. le capital-actions autorisé initial de la Banque est de 250 000 000 d’unités de compte. Il se divise en 25 000 actions, d’une valeur nominale de 10 000 unités de compte chacune, qui sont offertes à la souscription des Etats membres. Le capital-actions autorisé peut être augmenté conformément au paragraphe 3 du présent article.

b. La valeur d’une unité de compte est équivalente à un droit de tirage spécial (DTS) du Fonds monétaire international ou à toute autre unité adoptée aux mêmes fins par le Fonds monétaire international.

2. Le capital-actions autorisé se compose d’actions à libérer entièrement et d’actions sujettes à appel. Le rapport entre les actions à libérer et les actions sujettes à appel est déterminé périodiquement par le Conseil des gouverneurs. Les actions sujettes à appel sont appelables aux fins énoncées au paragraphe 4(a) de l’article 7 du présent Accord.

3. Amendement à l’article 6 de l’Accord de la Banque (Souscription des actions)

L’article 6(4) de l’Accord de la Banque est ainsi amendé et se lira désormais comme suit:

4. Les actions initialement souscrites par les Etats qui deviennent membres conformément au paragraphe 1 de l’article 64 du présent Accord sont émises au pair. Les autres actions sont émises au pair à moins que, dans des circonstances particulières, le Conseil des gouverneurs n’en décide autrement.

schäftsgrundsätze), 18 (Bedingungen für direkte Darlehen und Garantien), 19 (Provisionen und Gebühren), 20 (Sonderreserve), 26 (Bewertung von Währungen und Festsetzung der Konvertibilität), 27 (Verwendung von Währungen), 28 (Aufrechterhaltung des Wertes der Währungsbestände der Bank), 30 (Gouverneursrat: Zusammensetzung), 40 (Verbindungsstelle; Hinterlegungsstellen), 44 (Suspendierung), 45 (Abrechnung), 47 (Beendigung der Geschäftstätigkeit), 49 (Verteilung der Vermögenswerte), 60 (Änderungen) sowie 62 (Schiedsverfahren) des Bankübereinkommens, wie im Folgenden dargelegt, zu ändern:

1. Änderung des Artikels 1 des Bankübereinkommens (Zweck)

Artikel 1 des Bankübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

Zweck der Bank ist es, zur nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung und zum sozialen Fortschritt ihrer regionalen Mitglieder als Einzelstaaten und in ihrer Gesamtheit beizutragen.

2. Änderung des Artikels 5 des Bankübereinkommens (Genehmigtes Kapital)

Artikel 5 Absätze 1 und 2 des Bankübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

(1) a) Das ursprünglich genehmigte Stammkapital der Bank beträgt 250 000 000 Rechnungseinheiten. Es zerfällt in 25 000 Anteile im Nennwert von je 10 000 Rechnungseinheiten, die von den Mitgliedern gezeichnet werden können. Das genehmigte Stammkapital kann nach Absatz 3 erhöht werden.

b) Der Wert einer Rechnungseinheit entspricht einem Sonderziehungsrecht (SZR) des Internationalen Währungsfonds oder jeder vom Internationalen Währungsfonds zu diesem Zweck angenommenen Einheit.

(2) Das genehmigte Stammkapital zerfällt in eingezahlte Anteile und abrufbare Anteile. Das Verhältnis zwischen den eingezahlten und den abrufbaren Anteilen wird von Zeit zu Zeit vom Gouverneursrat festgelegt. Die abrufbaren Anteile sind für den in Artikel 7 Absatz 4 Buchstabe a bestimmten Zweck abrufbar.

3. Änderung des Artikels 6 des Bankübereinkommens (Zeichnung von Anteilen)

Artikel 6 Absatz 4 des Bankübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

(4) Die von Staaten, welche die Mitgliedschaft nach Artikel 64 Absatz 1 erwerben, ursprünglich gezeichneten Anteile am Stammkapital werden zum Nennwert ausgegeben. Weitere Anteile werden zum Nennwert ausgegeben, sofern nicht der Gouverneursrat unter besonderen Umständen beschließt, sie zu anderen Bedingungen auszugeben.

4. Amendment to Article 7 of the Bank Agreement (Payment of Subscription)

Article 7, sub-paragraphs 2 and 4, of the Bank Agreement is hereby amended to read as follows:

2. Payments of the amounts initially subscribed by the members of the Bank to the paid-up capital stock shall be made in convertible currency. The Board of Governors shall determine the mode of payment of other amounts subscribed by the members to the paid-up capital stock.

4. a. Payment of the amounts subscribed to the callable capital stock of the Bank shall be subject to call only as and when required by the Bank to meet its obligations incurred, pursuant to paragraph 1(b) and (d) of article 14, on borrowing of funds for inclusion in its ordinary capital resources or guarantees chargeable to such resources.

b. In the event of such calls, payment may be made at the option of the member concerned in convertible currency or in the currency required to discharge the obligation of the Bank for the purpose of which the call is made.

c. Calls on unpaid subscriptions shall be uniform in percentage on all callable shares.

5. Amendment to Article 14 of the Bank Agreement (Recipients and Methods of Operations)

Article 14(1)(c) of the Bank Agreement is hereby amended to read as follows:

1. In its operations, the Bank may provide or facilitate financing for any regional member, political sub-division or any agency thereof or for any institution or undertaking in the territory of any regional member as well as for international or regional agencies or institutions concerned with the development of Africa. Subject to the provisions of this chapter, the Bank may carry out its operations in any of the following ways:

c. By investment of funds referred to in sub-paragraph (a) or (b) of this paragraph in the equity capital of an undertaking or institution for the benefit of one or more regional members; or

6. Amendment to Article 15 of the Bank Agreement (Limitations on Operations)

Article 15(4) of the Bank Agreement is hereby amended to read as follows:

4. Amendement à l'article 7 de l'Accord de la Banque (Paiement des souscriptions)

L'article 7 alinéas 2 et 4 de l'Accord de la Banque est ainsi amendé et se lira désormais comme suit:

2. Les montants initialement souscrits par les Etats membres de la Banque au capital-actions à libérer entièrement sont versés en monnaie convertible. Le Conseil des gouverneurs détermine le mode de paiement des autres montants souscrits par les Etats membres au capital-actions à libérer entièrement.

4. a. Les montants souscrits au capital-actions de la Banque sujet à appel ne font l'objet d'un appel que suivant les modalités et aux dates fixées par la Banque lorsqu'elle en a besoin pour faire face aux engagements qui découlent des alinéas b) et d) du paragraphe 1 de l'article 14, pourvu que lesdits engagements correspondent soit à des emprunts dont les fonds ont été intégrés dans les ressources ordinaires en capital de la Banque, soit à des garanties qui engagent ces ressources.

b. En cas d'appel, le paiement peut s'effectuer, au choix de l'Etat membre intéressé, en monnaie convertible ou dans la monnaie requise pour que la Banque remplisse les engagements qui ont motivé l'appel.

c. Les appels sur les souscriptions non libérées portent sur un pourcentage uniforme de toutes les actions sujettes à appel.

5. Amendement à l'article 14 de l'Accord de la Banque (Bénéficiaires et méthodes des opérations)

L'article 14(1)(c) de l'Accord de la Banque est ainsi amendé et se lira désormais comme suit:

1. La Banque, dans le cadre de ses opérations, peut procurer des moyens de financement ou des facilités aux fins d'obtenir de tels moyens, à tout Etat membre régional, tout organisme public ou subdivision politique de cet Etat, ou à toute institution ou entreprise située sur le territoire d'un Etat membre régional, ainsi qu'aux organisations ou institutions internationales ou régionales qui s'intéressent au développement de l'Afrique. Sous réserve des dispositions du présent chapitre, la Banque peut effectuer ses opérations de l'une quelconque des manières suivantes:

c. en investissant les fonds visés aux alinéas (a) et (b) du présent paragraphe, dans le capital social d'une institution ou d'une entreprise dont les interventions profitent à un ou plusieurs pays membres régionaux; ou

6. Amendement à l'article 15 de l'Accord de la Banque (Limites des opérations)

L'article 15(4) de l'Accord de la Banque est ainsi amendé et se lira désormais comme suit:

4. Änderung des Artikels 7 des Bankübereinkommens (Einzahlung der gezeichneten Beträge)

Artikel 7 Absätze 2 und 4 des Bankübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

(2) Einzahlungen der von den Mitgliedern der Bank ursprünglich gezeichneten Beträge des eingezahlten Stammkapitals werden in konvertierbarer Währung geleistet. Der Gouverneursrat bestimmt die Zahlungsweise der anderen von den Mitgliedern gezeichneten Beträge des eingezahlten Stammkapitals.

(4) a) Die auf das abrufbare Stammkapital der Bank gezeichneten Beträge werden nur in dem Umfang und zu dem Zeitpunkt abgerufen, in dem sie die Bank benötigt, um Verbindlichkeiten zu erfüllen, die sie nach Artikel 14 Absatz 1 Buchstaben b und d durch die Aufnahme von Krediten zwecks Auffüllung ihrer ordentlichen Kapitalbestände oder durch die Übernahme von Garantien zu Lasten dieser Bestände übernommen hat.

b) Im Fall von Abrufen kann die Zahlung nach Wahl des Mitglieds in konvertierbarer Währung oder in der Währung erfolgen, die zur Erfüllung der den Abruf bedingenden Verbindlichkeiten der Bank benötigt wird.

c) Abrufe auf nicht eingezahlte Zeichnungen erfolgen zu einem einheitlichen Prozentsatz von allen abrufbaren Anteilen.

5. Änderung des Artikels 14 des Bankübereinkommens (Empfänger und Geschäftsmethoden)

Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe c des Bankübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

(1) Bei ihrer Geschäftstätigkeit kann die Bank jedem regionalen Mitglied, jeder seiner Gebietskörperschaften oder Dienststellen oder jeder Einrichtung oder jedem Unternehmen im Hoheitsgebiet jedes regionalen Mitglieds sowie internationalen oder regionalen, mit der Entwicklung Afrikas befassten Stellen oder Institutionen Finanzierungsmittel gewähren oder bei deren Beschaffung behilflich sein. Vorbehaltlich dieses Kapitels kann die Bank ihre Geschäftstätigkeit auf folgende Weise durchführen:

c) durch Investition der unter den Buchstaben a und b genannten Mittel als Beteiligung am Eigenkapital eines Unternehmens oder einer Einrichtung zum Nutzen eines regionalen Mitglieds oder mehrerer regionaler Mitglieder oder

6. Änderung des Artikels 15 des Bankübereinkommens (Grenzen der Geschäftstätigkeit)

Artikel 15 Absatz 4 des Bankübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

4. a. In the case of investments made by virtue of paragraph 1(c) of article 14 of this Agreement out of the ordinary capital resources of the Bank, the total amount outstanding shall not at any time exceed a percentage, fixed by the Board of Governors, of the aggregate amount of the paid-up capital stock of the Bank together with the reserves and surplus included in its ordinary capital resources [excepting, however, the special reserve provided for in Article 20 of this Agreement.[1])]

b. At the time it is made, the amount of any specific investment referred to in the preceding sub-paragraph shall not exceed a percentage of equity capital of the institution or undertaking concerned, which the Board of Directors shall have fixed for any investment to be made by virtue of paragraph 1(c) of article 14 of this Agreement. In no event shall the Bank seek to obtain by such an investment a controlling interest in the institution or undertaking concerned.

7. Amendment to Article 16 of the Bank Agreement (Provision of Currencies for Direct Loans)

Article 16(a) of the Bank Agreement is hereby amended to read as follows:

In making direct loans, the Bank shall furnish the borrower with currencies other than the currency of the member in whose territory the project concerned is to be carried out (the latter currency hereinafter to be called "local currency"), which are required to meet foreign exchange expenditure on that project; provided always that the Bank may, in making direct loans, provide financing to meet local expenditure on the project concerned:

a. Where it can do so by supplying local currency without selling any of its holdings in convertible currencies; or

8. Amendment to Article 17 of the Bank Agreement (Operational Principles)

Article 17(1)(d) of the Bank Agreement is hereby amended to read as follows:

1. The operations of the Bank shall be conducted in accordance with the following principles:

d. The proceeds of any loan, investment or other financing undertaken in the ordinary operations of the Bank shall be used only for procurement in member countries of goods and services produced in member countries, except in

[1]) The text in brackets will be deleted if Article 20 is deleted and the special reserve is merged with the general reserves.

4. a. Dans le cas d'investissements effectués conformément au paragraphe 1(c) de l'article 14 du présent Accord au moyen des ressources ordinaires en capital de la Banque, l'encours total ne doit, à aucun moment, dépasser un pourcentage fixé par le Conseil des gouverneurs, du montant global du capital-actions de la Banque à libérer entièrement, des réserves et de l'actif compris dans ses ressources ordinaires en capital [à l'exclusion toutefois de la réserve spéciale prévue à l'article 20 du présent Accord[1])].

b. Le montant d'un investissement particulier visé à l'alinéa précédent ne saurait, au moment où il est fait, dépasser un pourcentage du capital social de l'institution ou de l'entreprise intéressée, fixé par le Conseil d'administration pour tous les investissements effectués conformément au paragraphe 1(c) de l'article 14 du présent Accord. En aucun cas, la Banque ne cherchera, au moyen de ces investissements, à s'assurer une participation dominante dans l'institution ou l'entreprise en question.

7. Amendement à l'article 16 de l'Accord de la Banque (Fourniture de monnaies pour les prêts directs)

L'article 16(a) de l'Accord de la Banque est ainsi amendé et se lira désormais comme suit:

La Banque, lorsqu'elle accorde des prêts directs, fournit à l'emprunteur les monnaies autres que celle de l'Etat membre sur le territoire duquel le projet envisagé doit être exécuté (celle-ci étant dénommée ci-après «monnaie locale»), qui sont nécessaires pour faire face aux dépenses en devises à engager pour ce projet, étant entendu toutefois que la Banque, en accordant ces prêts directs, peut fournir les moyens financiers requis pour couvrir des dépenses locales afférentes audit projet:

a. Dans les cas où elle peut le faire en fournissant de la monnaie locale sans vendre une partie quelconque de ses avoirs en monnaies convertibles; ou

8. Amendement à l'article 17 de l'Accord de la Banque (Principes de gestion)

L'article 17(1)(d) de l'Accord de la Banque est ainsi amendé et se lira désormais comme suit:

1. Dans ses opérations, la Banque s'inspire des principes suivants:

d. le produit d'un prêt, d'un investissement ou d'une autre opération de financement entreprises dans le cadre des opérations ordinaires de la Banque, servira à l'acquisition uniquement dans les pays membres, des biens et services qui y

[1]) Le texte entre crochets sera supprimé si l'article 20 est supprimé et que la réserve spéciale est incorporée à la réserve générale

(4) a) Werden nach Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe c Investitionen aus den ordentlichen Kapitalbeständen der Bank vorgenommen, so darf der ausstehende Gesamtbetrag einen vom Gouverneursrat festgelegten Prozentsatz des Gesamtbetrags des eingezahlten Stammkapitals der Bank einschließlich der zu ihren ordentlichen Kapitalbeständen zählenden Reserven und Überschüsse[, jedoch mit Ausnahme der in Artikel 20 vorgesehenen Sonderreserve[1])] zu keiner Zeit übersteigen.

b) Zu dem Zeitpunkt, zu dem eine bestimmte Investition nach Buchstabe a vorgenommen wird, darf ihr Betrag einen vom Direktorium für alle Investitionen nach Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe c festgesetzten Prozentsatz des Eigenkapitals der betreffenden Einrichtung oder des betreffenden Unternehmens nicht übersteigen. In keinem Fall darf die Bank sich bemühen, durch eine solche Investition eine beherrschende Beteiligung an der betreffenden Einrichtung oder dem betreffenden Unternehmen zu erwerben.

7. Änderung des Artikels 16 des Bankübereinkommens (Zurverfügungstellung von Währungen für direkte Darlehen)

Artikel 16 Buchstabe a des Bankübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

Bei der Gewährung von direkten Darlehen stellt die Bank dem Darlehensnehmer die zur Deckung der Devisenkosten des Vorhabens erforderlichen Währungen zur Verfügung, mit Ausnahme der Währung des Mitglieds, in dessen Hoheitsgebiet das betreffende Vorhaben durchgeführt werden soll (im Folgenden als „Landeswährung" bezeichnet); dabei gilt stets, dass die Bank bei der Gewährung direkter Darlehen Finanzierungsmittel zur Deckung von örtlichen Ausgaben bei dem betreffenden Vorhaben zur Verfügung stellen kann,

a) wenn sie dies durch Bereitstellung von Beträgen in der Landeswährung tun kann, ohne von ihren Beständen an konvertiblen Währungen zu verkaufen, oder

8. Änderung des Artikels 17 des Bankübereinkommens (Geschäftsgrundsätze)

Artikel 17 Absatz 1 Buchstabe d des Bankübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

(1) Die Geschäftstätigkeit der Bank wird nach folgenden Grundsätzen ausgeübt:

d) die bereitgestellten Mittel eines Darlehens, einer Kapitalanlage oder einer sonstigen Finanzierung, die im Rahmen der ordentlichen Geschäftstätigkeit der Bank durchgeführt wird, werden ausschließlich in den Mitgliedstaaten für die

[1]) Der Wortlaut in Klammern wird entfallen, wenn Artikel 20 gestrichen wird und die Sonderreserve mit den allgemeinen Reserven verschmilzt.

any case in which the Board of Directors [<<deletion>>] determines to permit procurement in a non-member country or of goods and services produced in a non-member country in special circumstances making such procurement appropriate, as in the case of a non-member country in which a significant amount of financing has been provided to the Bank. [<<deletion>>]

9. Amendment to Article 18 of the Bank Agreement (Terms and Conditions for Direct Loans and Guarantees)

Article 18(3)(c) of the Bank Agreement is hereby amended to read as follows:

3. In the case of direct loans made or loans guaranteed by the Bank, the Bank:

c. Shall expressly state the currency in which all payments to the Bank under the contract concerned shall be made. At the option of the borrower, however, such payments may always be made in convertible currency or, subject to the agreement of the Bank, in any other currency; and

10. Amendment to Article 19 of the Bank Agreement (Commission and Fees)

Article 19 of the Agreement is hereby deleted.

11. Amendment to Article 20 of the Bank Agreement (Special Reserve)

Article 20 of the Bank Agreement is hereby deleted.

12. Amendment to Article 26 of the Bank Agreement (Valuation of Currencies and Determination of Convertibility)

Article 26 of the Bank Agreement is hereby amended to read as follows:

Whenever it shall become necessary under this Agreement:

(i) To value any currency in terms of another currency or in terms of the unit of account defined in paragraph 1(b) of article 5 of this Agreement, or

(ii) To determine whether any currency is convertible,

such valuation or determination, as the case may be, shall be reasonably made by the Bank after consultation with the International Monetary Fund.

13. Amendment to Article 27 of the Bank Agreement (Use of Currencies)

Article 27, sub-paragraphs 1 and 4, of the Bank Agreement is hereby amended to read as follows:

sont produits, sous réserve des cas où le Conseil d'administration décide [«Suppression»] d'autoriser l'acquisition des biens et services dans un pays non membre ou produits par un pays non membre, si des circonstances particulières rendent commode une telle acquisition, comme par exemple lorsqu'un pays non membre fournit à la Banque des fonds importants. [«Suppression»]

9. Amendement à l'article 18 de l'Accord de la Banque (Conditions et modalités des prêts directs et des garanties)

L'article 18(3)(c) de l'Accord de la Banque est ainsi amendé et se lira désormais comme suit:

3. Dans le cas de prêts directement consentis ou garantis par elle, la Banque:

c. Indique expressément la monnaie dans laquelle doivent être effectués tous les paiements qui lui sont dus aux termes du contrat. Toutefois, ces paiements peuvent toujours, au gré de l'emprunteur, être effectués en devises convertibles ou, avec l'assentiment de la Banque, dans toute autre monnaie; et

10. Amendement à l'article 19 de l'Accord de la Banque (Commissions et redevances)

L'article 19 de l'Accord de la Banque est supprimé par la présente résolution.

11. Amendement à l'article 20 de l'Accord de la Banque (Réserve spéciale)

L'article 20 de l'Accord de la Banque est supprimé par la présente résolution.

12. Amendement à l'article 26 de l'Accord de la Banque (Evaluation des monnaies et détermination de la convertibilité)

L'article 26 de l'Accord de la Banque est ainsi amendé et se lira désormais comme suit:

Lorsqu'il est nécessaire, aux termes du présent Accord:

i) d'évaluer une monnaie par rapport à une autre monnaie ou à l'unité de compte définie à l'article 5(1)(b) du présent Accord, ou

ii) de déterminer si une monnaie est convertible,

il appartient à la Banque d'effectuer judicieusement cette évaluation ou cette détermination, après consultation avec le Fonds monétaire international.

13. Amendement à l'article 27 de l'Accord de la Banque (Emploi des monnaies)

L'article 27 alinés 1 et 4 de l'Accord de la Banque est ainsi amendé et se lira désormais comme suit:

Beschaffung von in Mitgliedstaaten erzeugten Waren und erbrachten Dienstleistungen verwendet, sofern nicht das Direktorium [Streichung] beschließt, die Beschaffung in einem Nichtmitgliedstaat oder die Beschaffung von in einem Nichtmitgliedstaat erzeugten Waren oder erbrachten Dienstleistungen zu gestatten, wenn besondere Umstände dies angebracht erscheinen lassen, beispielsweise im Fall eines Nichtmitgliedstaats, in dem der Bank bedeutende Finanzierungsmittel zur Verfügung gestellt wurden; [Streichung]

9. Änderung des Artikels 18 des Bankübereinkommens (Bedingungen für direkte Darlehen und Garantien)

Artikel 18 Absatz 3 Buchstabe c des Bankübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

(3) Bei von der Bank gewährten direkten Darlehen oder garantierten Darlehen:

c) legt die Bank ausdrücklich fest, in welcher Währung alle Zahlungen an die Bank aufgrund des betreffenden Vertrags zu erfolgen haben. Dem Darlehensnehmer steht es jedoch frei, solche Zahlungen jederzeit in konvertierbarer Währung oder, vorbehaltlich der Zustimmung der Bank, in einer anderen Währung zu leisten, und

10. Änderung des Artikels 19 des Bankübereinkommens (Provisionen und Gebühren)

Artikel 19 des Übereinkommens wird hiermit gestrichen.

11. Änderung des Artikels 20 des Bankübereinkommens (Sonderreserve)

Artikel 20 des Bankübereinkommens wird hiermit gestrichen.

12. Änderung des Artikels 26 des Bankübereinkommens (Bewertung von Währungen und Festsetzung der Konvertibilität)

Artikel 26 des Bankübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

Wird es nach diesem Übereinkommen erforderlich,

i) eine Währung im Vergleich zu einer anderen Währung oder zu der in Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe b bestimmten Rechnungseinheit zu bewerten oder

ii) festzustellen, ob eine Währung konvertierbar ist,

so nimmt die Bank diese Bewertung bzw. Feststellung nach Konsultierung des Internationalen Währungsfonds in angemessener Weise vor.

13. Änderung des Artikels 27 des Bankübereinkommens (Verwendung von Währungen)

Artikel 27 Absätze 1 und 4 des Bankübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

1. Members may not maintain or impose any restrictions on the holding or use by the Bank or by any recipient from the Bank, for payments anywhere, of the following:

a. Convertible currencies received by the Bank in payment of subscriptions to the capital stock of the Bank from its members;

b. Currencies of members purchased with the convertible currencies referred to in the preceding sub-paragraph;

c. Currencies obtained by the Bank by borrowing, pursuant to paragraph (a) of article 23 of this Agreement, for inclusion in its ordinary capital resources;

d. Currencies received by the Bank in payment on account of principal, interest, dividends or other charges in respect of loans or investments made out of any of the funds referred to in sub-paragraphs a to c or in payment of commissions or fees in respect of guarantees issued by the Bank; and

e. Currencies other than its own, received by a member from the Bank in distribution of the net income of the Bank in accordance with article 42 of this Agreement.

4. The Bank shall not use currencies which it holds for the purchase of other currencies of its members except:

a. In order to meet its existing obligations; or

b. Pursuant to a decision of the Board of Directors.

14. Amendment to Article 28 of the Bank Agreement (Maintenance of Value of the Currency Holdings of the Bank)

Article 28 of the Bank Agreement is hereby amended to read as follows:

1. Whenever the par value of the currency of a member is reduced in terms of the unit of account defined in paragraph 1(b) of article 5 of this Agreement or its foreign exchange value has, in the opinion of the Bank, depreciated to a significant extent, that member shall pay to the Bank within a reasonable time an amount of its currency required to maintain the value of all such currency held by the Bank on account of its subscription.

2. Whenever the par value of the currency of a member is increased in terms of the said unit of account, or its foreign exchange value has, in the opinion of the Bank, appreciated to a significant extent, the Bank shall pay to that member within a reasonable

1. Les Etats membres ne peuvent maintenir ni imposer de restrictions à la faculté de la Banque, ou de quiconque reçoit d'elle des fonds, de détenir ou d'employer, pour effectuer des paiements où que ce soit, les ressources suivantes:

a. Les devises convertibles que la Banque reçoit des Etats membres en paiement des souscriptions à son capitalactions;

b. Les monnaies des Etats membres achetées avec les monnaies convertibles mentionnées à l'alinéa précédent;

c. Les monnaies que la Banque se procure par voie d'emprunt, conformément à l'alinéa (a) de l'article 23 du présent Accord, pour les intégrer à ses ressources ordinaires en capital;

d. Les monnaies que la Banque reçoit en amortissement du principal et en paiement des intérêts, des dividendes ou d'autres charges pour les prêts qu'elle a accordés ou les investissements qu'elle a effectués au moyen des fonds visés aux alinéas (a) à (c) cidessus ou en paiement de commissions ou de redevances afférentes à des garanties qu'elle a émises; et

e. Les monnaies autres que la sienne qu'un Etat membre reçoit de la Banque en cas de répartition du revenu net de la Banque conformément à l'article 42 du présent Accord.

4. La Banque n'utilise pas les monnaies qu'elle détient pour acheter d'autres monnaies de ses Etats membres, si ce n'est:

a. Pour faire face à ses obligations existantes; ou

b. A la suite d'une décision prise par le Conseil d'administration.

14. Amendement à l'article 28 de l'Accord de la Banque (Maintien de la valeur des avoirs de la Banque en devises)

L'article 28(3) de l'Accord de la Banque est ainsi amendé et se lira désormais comme suit:

1. Lorsque la valeur nominale de la monnaie d'un Etat membre, par rapport à l'unité de compte définie au paragraphe 1(b) de l'article 5 du présent Accord, est réduite ou que son taux de change, de l'avis de la Banque, a subi une dépréciation significative, cet Etat membre verse à la Banque, dans des délais raisonnables, un montant de sa monnaie nécessaire pour maintenir la valeur de tous les avoirs que la Banque détient dans cette monnaie au titre de sa souscription.

2. Lorsque la valeur nominale de la monnaie d'un Etat membre, par rapport à ladite unité de compte, est augmentée ou que son taux de change, de l'avis de la Banque, a subi une revalorisation significative, la Banque verse audit Etat, dans des délais

(1) Die Mitglieder dürfen keinerlei Beschränkungen beibehalten oder einführen, welche die Bank oder einen Empfänger der Bank daran hindern, für Zahlungen an jedem beliebigen Ort folgende Mittel zu halten oder zu verwenden:

a) konvertierbare Währungen, die bei der Bank als Zahlung auf Zeichnungen des Stammkapitals der Bank von ihren Mitgliedern eingehen;

b) Währungen von Mitgliedern, die mit den unter Buchstabe a genannten konvertierbaren Währungen erworben wurden;

c) Währungen, die von der Bank durch Kreditaufnahme nach Artikel 23 Buchstabe a zwecks Auffüllung der ordentlichen Kapitalbestände erworben wurden;

d) Währungen, welche die Bank durch Kapitalrückzahlung oder durch Zahlung von Zinsen, Dividenden und sonstigen Spesen für Darlehen oder Anlagen, die aus den unter den Buchstaben a bis c bezeichneten Mitteln gewährt wurden, erhalten hat oder die durch Zahlung von Provisionen oder Gebühren für von der Bank gegebene Garantien eingegangen sind, und

e) Währungen, mit Ausnahme der eigenen, die ein Mitglied von der Bank bei der Ausschüttung des Nettoeinkommens der Bank nach Artikel 42 erhalten hat.

(4) Währungen im Besitz der Bank werden von ihr nicht zum Ankauf anderer Währungen ihrer Mitglieder verwendet, es sei denn,

a) um ihre bestehenden Verpflichtungen zu erfüllen oder

b) aufgrund eines Beschlusses des Direktoriums.

14. Änderung des Artikels 28 des Bankübereinkommens (Aufrechterhaltung des Wertes der Währungsbestände der Bank)

Artikel 28 des Bankübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

(1) Wird die Parität der Währung eines Mitglieds, ausgedrückt in der Rechnungseinheit nach Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe b, herabgesetzt oder ist nach Auffassung der Bank ihr Devisenwert in beträchtlichem Maße gesunken, so zahlt das Mitglied der Bank innerhalb einer angemessenen Frist den Betrag in seiner Währung, der erforderlich ist, um den Wert aller aufgrund seiner Zeichnung in Besitz der Bank befindlichen Bestände in dieser Währung aufrechtzuerhalten.

(2) Wird die Parität der Währung eines Mitglieds, ausgedrückt in der oben genannten Rechnungseinheit, heraufgesetzt oder ist nach Auffassung der Bank ihr Devisenwert in beträchtlichem Maße gestiegen, so zahlt die Bank diesem Mitglied innerhalb ei-

time an amount of that currency required to adjust the value of all such currency held by the Bank on account of its subscription.

3. The Bank, in the case envisaged by paragraph 1, or the member, in the case envisaged by paragraph 2, may waive its rights under this article.

15. Amendment to Article 30 of the Bank Agreement (Board of Governors: Composition)

Article 30(1) of the Bank Agreement is hereby amended to read as follows:

1. Each member shall be represented on the Board of Governors and shall appoint one governor and one alternate governor. They shall be persons of the highest competence and wide experience in economic and financial matters and shall be nationals of the member States. Each governor and alternate shall serve for five years, subject to termination of appointment at any time, or to reappointment, at the pleasure of the appointing member. No alternate may vote except in the absence of his principal. At its annual meeting, the Board shall designate one of the governors as Chairman. The Chairman shall hold office until the election of a successor at the next annual meeting of the Board, unless otherwise decided by the Board of Governors.

16. Amendment to Article 40 of the Bank Agreement (Channel of Communications; Depositories)

Article 40(3) of the Bank Agreement is hereby amended to read as follows:

3. The Bank may hold its assets [<<deletion>>] with such depositories as the Board of Directors shall determine.

17. Amendment to Article 44 of the Bank Agreement (Suspension)

Article 44 of the Bank Agreement is hereby amended to read as follows:

1. If a member fails to fulfil any of its obligations under this Agreement or any other obligation to the Bank arising from the Bank's operations under this Agreement, the Board of Governors may suspend such member by a decision of the Board of Governors representing not less than seventy per cent of the total voting power of the members. The Board of Governors may, in lieu of suspension of membership, order suspension of the voting rights of such member upon such terms and conditions as may be established by the Board of Governors, pursuant to regulations adopted under paragraph 4 of this article.

raisonnables, un montant de sa monnaie nécessaire pour maintenir la valeur de tous les avoirs que la Banque détient dans cette monnaie au titre de sa souscription.

3. La Banque, dans le cas envisagé au paragraphe 1, ou un Etat membre, dans le cas envisagé au paragraphe 2, peut renoncer à appliquer les dispositions du présent article.

15. Amendement à l'article 30 de l'Accord de la Banque (Conseil des gouverneurs: composition)

L'article 30(1) de l'Accord de la Banque est ainsi amendé et se lira désormais comme suit:

1. Chaque Etat membre est représenté au Conseil des gouverneurs et nomme un gouverneur et un gouverneur suppléant. Les gouverneurs et leurs suppléants sont des personnes de la plus haute compétence ayant une expérience étendue des questions économiques et financières et sont ressortissants d'Etats membres. Chaque gouverneur et chaque suppléant restent en fonctions pendant cinq ans, étant entendu que leur mandat est révocable à tout moment ou renouvelable au gré de l'Etat membre qui les a nommés. Aucun suppléant n'est admis à voter si ce n'est en l'absence du titulaire. Lors de son assemblée annuelle, le Conseil choisit pour Président l'un des gouverneurs. Le Président exercera ses fonctions jusqu'à l'élection d'un successeur à l'assemblée annuelle suivante du Conseil, à moins que le Conseil des gouverneurs n'en décide autrement.

16. Amendement à l'article 40 de l'Accord de la Banque (Voie de communication; dépositaires)

L'article 40(3) de l'Accord de la Banque est ainsi amendé et se lira désormais comme suit:

3. La Banque peut conserver ses avoirs [«Suppression»] auprès des dépositaires que le Conseil d'administration désigne.

17. Amendement à l'article 44 de l'Accord de la Banque (Suspension)

L'article 44 de l'Accord de la Banque est ainsi amendé et se lira désormais comme suit:

1. Si un Etat membre manque à l'une quelconque de ses obligations au titre du présent Accord ou à toute autre obligation envers la Banque, découlant de ses opérations, le Conseil des gouverneurs peut le suspendre de sa qualité de membre par une décision prise par des gouverneurs représentant au moins soixante-dix pour cent du nombre total des voix des membres. Le Conseil des gouverneurs peut, en lieu et place de la suspension de la qualité de membre, ordonner la suspension des droits de vote de l'Etat membre, selon les modalités et conditions que le Conseil des gouverneurs peut déterminer, conformément aux règlements adoptés au titre du paragraphe 4 du présent article.

ner angemessenen Frist den Betrag in der Währung zurück, der erforderlich ist, um den Wert aller aufgrund seiner Zeichnung im Besitz der Bank befindlichen Bestände in dieser Währung zu berichtigen.

(3) In dem in Absatz 1 beschriebenen Fall kann die Bank und in dem in Absatz 2 beschriebenen Fall das Mitglied auf die Rechte aus diesem Artikel verzichten.

15. Änderung des Artikels 30 des Bankübereinkommens (Gouverneursrat: Zusammensetzung)

Artikel 30 Absatz 1 des Bankübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

(1) Jedes Mitglied ist im Gouverneursrat vertreten und ernennt einen Gouverneur und einen stellvertretenden Gouverneur. Dabei muss es sich um Persönlichkeiten von höchstem Sachverstand und großer Erfahrung in Wirtschafts- und Finanzfragen handeln, die Staatsangehörige der Mitgliedstaaten sein müssen. Jeder Gouverneur und jeder Stellvertreter hat eine Amtszeit von fünf Jahren, wobei das ernennende Mitglied die Ernennung jederzeit rückgängig machen oder erneuern kann. Stellvertreter nehmen nur bei Abwesenheit ihres Gouverneurs an der Abstimmung teil. Der Rat bestimmt auf seiner Jahrestagung einen der Gouverneure zum Vorsitzenden. Der Vorsitzende bleibt bis zur Wahl eines neuen Vorsitzenden auf der nächsten Jahrestagung des Rates im Amt, sofern der Gouverneursrat nicht etwas anderes beschließt.

16. Änderung des Artikels 40 des Bankübereinkommens (Verbindungsstelle; Hinterlegungsstellen)

Artikel 40 Absatz 3 des Bankübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

(3) Die Bank kann ihre Vermögenswerte [Streichung] bei den Hinterlegungsstellen halten, die das Direktorium bestimmt.

17. Änderung des Artikels 44 des Bankübereinkommens (Suspendierung)

Artikel 44 des Bankübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

(1) Sofern ein Mitglied einer seiner Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen oder einer sich aus der Geschäftstätigkeit der Bank im Rahmen dieses Übereinkommens ergebenden Verpflichtung gegenüber der Bank nicht nachkommt, kann der Gouverneursrat dieses Mitglied suspendieren, und zwar durch einen Beschluss des Gouverneursrats, in dem mindestens 70 Prozent der Gesamtstimmenzahl der Mitglieder vertreten sein müssen. Der Gouverneursrat kann anstelle einer Suspendierung der Mitgliedschaft eine Aufhebung der Stimmrechte dieses Mitglieds zu den von ihm festgelegten Bedingungen entsprechend den nach Absatz 4 angenommenen Vorschriften anordnen.

2. The member suspended from membership shall automatically cease to be a member of the Bank one (1) year from the date of its suspension unless the Board of Governors, during the one-year period, decides by the same majority necessary for suspension to restore the member to good standing.

3. While under suspension from membership, a member shall not be entitled to exercise any rights under this Agreement, except the right of withdrawal, but shall remain subject to all obligations.

4. The Board of Governors shall adopt regulations as may be necessary for the implementation of this article.

18. Amendment to Article 45 of the Bank Agreement (Settlement of Accounts)

Article 45(3)(c) of the Bank Agreement is hereby amended to read as follows:

3. The payment for shares repurchased by the Bank under this article shall be governed by the following conditions:

c. Payments shall be made in the currency of the State receiving payment or, if such currency is not available, in convertible currency.

19. Amendment to Article 47 of the Bank Agreement (Termination of Operations)

Article 47(1) of the Bank Agreement is hereby amended to read as follows:

1. The Bank may terminate its operations in respect of new loans, guarantees and equity investments by a decision of the Board of Governors exercising a majority of seventy five per cent of the total voting power.

20. Amendment to Article 49 of the Bank Agreement (Distribution of Assets)

Article 49(2) of the Bank Agreement is hereby amended to read as follows:

2. After a decision to make a distribution has been taken in accordance with the preceding paragraph, the Board of Directors may decide to make successive distributions of the assets of the Bank to members until all assets have been distributed. This distribution shall be subject to the prior settlement of all outstanding claims of the Bank against each member.

21. Amendment to Article 60 of the Bank Agreement (Amendments)

Article 60(1) of the Bank Agreement is hereby amended to read as follows:

2. Un Etat membre suspendu de sa qualité de membre cesse automatiquement d'être membre de la Banque un (1) an après la date de la décision de suspension, à moins que, au cours de cette période, une décision du Conseil des gouverneurs, prise à la même majorité, ne le rétablisse dans sa qualité de membre.

3. Pendant la suspension de la qualité de membre, l'Etat membre intéressé n'exerce aucun des droits conférés par le présent Accord, exception faite du droit de retrait, mais il reste soumis à toutes ses obligations.

4. Le Conseil des gouverneurs adopte les règlements nécessaires à l'application des dispositions du présent article.

18. Amendement à l'article 45 de l'Accord de la Banque (Règlement des comptes)

L'article 45(3)(c) de l'Accord de la Banque est ainsi amendé et se lira désormais comme suit:

3. le paiement des actions rachetés par la Banque aux termes du présent article est régi par les conditions suivantes:

c. les paiements s'effectuent dans la monnaie de l'Etat qui les perçoit ou, s'il est impossible de recourir à cette monnaie, en monnaie convertible.

19. Amendement à l'article 47 de l'Accord de la Banque (Arrêt définitif des opérations)

L'article 47(1) de l'Accord de la Banque est ainsi amendé et se lira désormais comme suit:

1. La Banque peut mettre fin à ses opérations en matière de nouveaux prêts, garanties et investissements de portefeuille, sur décision du Conseil des gouverneurs à la majorité de soixante-quinze pour cent du total des voix.

20. Amendement à l'article 49 de l'Accord de la Banque (Distribution des avoirs)

L'article 49(2) de l'Accord de la Banque est ainsi amendé et se lira désormais comme suit:

2. Lorsqu'une décision a été prise conformément au paragraphe précédent, le Conseil d'administration peut décider de procéder à des distributions successives des avoirs de la Banque aux Etats membres jusqu'à ce que tous les avoirs aient été distribués. Cette distribution ne peut avoir lieu qu'après le règlement de toutes les créances en cours de la Banque sur les Etats membres.

21. Amendement à l'article 60 de l'Accord de la Banque (Amendements)

L'article 60(1) de l'Accord de la Banque est ainsi amendé et se lira désormais comme suit:

(2) Die Mitgliedschaft eines suspendierten Mitglieds der Bank erlischt automatisch ein (1) Jahr nach dem Zeitpunkt der Suspendierung, sofern nicht der Gouverneursrat innerhalb dieses Jahres mit derselben Mehrheit, die für die Suspendierung erforderlich ist, beschließt, ihm seine Eigenschaft als Mitglied zurückzugeben.

(3) Während der Suspendierung darf ein Mitglied seine Rechte aus diesem Übereinkommen mit Ausnahme des Austrittsrechts nicht ausüben; es unterliegt jedoch weiterhin allen Verpflichtungen.

(4) Der Gouverneursrat nimmt die zur Durchführung dieses Artikels erforderlichen Vorschriften an.

18. Änderung des Artikels 45 des Bankübereinkommens (Abrechnung)

Artikel 45 Absatz 3 Buchstabe c des Bankübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

(3) Die Bezahlung der durch die Bank nach diesem Artikel zurückgekauften Anteile unterliegt den nachstehenden Bedingungen:

c) Zahlungen werden in der Währung des die Zahlung empfangenden Staates oder, wenn diese Währung nicht verfügbar ist, in konvertierbarer Währung geleistet.

19. Änderung des Artikels 47 des Bankübereinkommens (Beendigung der Geschäftstätigkeit)

Artikel 47 Absatz 1 des Bankübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

(1) Die Bank kann ihre Geschäftstätigkeit in Bezug auf neue Darlehen, Garantien und Kapitalbeteiligungen durch Beschluss des Gouverneursrats mit einer Mehrheit von fünfundsiebzig Prozent der Gesamtstimmenzahl beenden.

20. Änderung des Artikels 49 des Bankübereinkommens (Aufteilung der Vermögenswerte)

Artikel 49 Absatz 2 des Bankübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

(2) Nachdem ein Beschluss zur Vornahme einer Verteilung nach Absatz 1 gefasst worden ist, kann das Direktorium beschließen, aufeinanderfolgende Verteilungen der Vermögenswerte der Bank an die Mitglieder vorzunehmen, bis sämtliche Vermögenswerte verteilt sind. Voraussetzung für eine solche Verteilung ist die vorherige Erfüllung aller ausstehenden Forderungen der Bank gegen jedes Mitglied.

21. Änderung des Artikels 60 des Bankübereinkommens (Änderungen)

Artikel 60 Absatz 1 des Bankübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

1. Any proposal to introduce modifications to this Agreement, whether emanating from a member, a governor or the Board of Directors, shall be communicated to the Chairman of the Board of Governors, who shall bring the proposal before that Board. If the proposed amendment is approved by the Board, the Bank shall, by circular letter, facsimile or telegram, ask the members whether they accept the proposed amendments. When two-thirds of the members, having three-quarters of the total voting power of the members, including two-thirds of the regional members having three-quarters of the total voting power of the regional members, have accepted the proposed amendment, the Bank shall promptly certify the fact by formal communication addressed to the members.

22. Amendment to Article 62 of the Bank Agreement (Arbitration)

Article 62 of the Bank Agreement is hereby amended to read as follows:

In case of a dispute between the Bank and a former member, or between the Bank and a member upon the termination of the operations of the Bank, such dispute shall be submitted to arbitration by a tribunal of three arbitrators. Each party shall appoint one arbitrator, and the two arbitrators so appointed shall appoint the third, who shall be the Chairman. If within 30 days of the request for arbitration either party has not appointed an arbitrator or if within 15 days of the appointment of two arbitrators the third arbitrator has not been appointed, either party may request the President of the International Court of Justice, or such other authority as may have been prescribed by regulations adopted by the Board of Governors, to appoint an arbitrator. The procedure shall be fixed by the arbitrators. However, the third arbitrator shall have full power to settle all questions of procedure in case of disagreement with respect thereto. A majority vote of the arbitrators shall be sufficient to reach a decision which shall be final and binding upon the parties.

23. Incidental Amendments

Given the deletion of Articles 19 (Commission and Fees) and 20 (Special Reserve) of the Bank Agreement, provided in paragraphs 10 and 11 of this Resolution, cross-references to these articles in Articles 14 (Recipients and Methods of Operation) and 15 (Limitations on Operations) are hereby deleted. Subsidiary instruments should be amended in accordance with the applicable rules and regulations.

1. Toute proposition tendant à apporter des modifications au présent Accord, qu'elle émane d'un Etat membre, d'un gouverneur ou du Conseil d'administration, est communiquée au Président du Conseil des gouverneurs qui en saisit ledit Conseil. Si le Conseil des gouverneurs approuve l'amendement proposé, la Banque demande aux Etats membres, par lettre, télécopie ou télégramme circulaire, s'ils acceptent ledit amendement. Si deux tiers des Etats membres, disposant des trois quarts des voix attribuées aux Etats membres, comprenant deux tiers des Etats membres régionaux disposant des trois quarts des voix attribuées aux Etats membres régionaux, acceptent l'amendement proposé, la Banque entérine rapidement le fait par une communication formelle qu'elle adresse aux Etats membres.

22. Amendement à l'article 62 de l'Accord de la Banque (Arbitrage)

L'article 62 de l'Accord de la Banque est ainsi amendé et se lira désormais comme suit:

En cas de litige entre la Banque et le gouvernement d'un Etat qui a cessé d'être membre, ou entre la Banque, lors de l'arrêt définitif de ses opérations, et un Etat membre, ce litige est soumis à l'arbitrage d'un tribunal de trois arbitres. Chaque partie nomme un arbitre, et les deux arbitres nomment le troisième arbitre qui assure la présidence du tribunal. Si dans les 30 jours suivant la demande d'arbitrage, aucune partie n'a nommé un arbitre, ou si, dans les 15 jours suivant la nomination des deux arbitres, le troisième arbitre n'a pas été nommé, l'une ou l'autre partie peut demander au président de la Cour internationale de justice, ou à toute autre instance désignée dans un règlement adopté par le Conseil des gouverneurs, de nommer un arbitre. La procédure est définie par les arbitres. Cependant, le troisième arbitre a les pleins pouvoirs pour régler toutes les questions de procédure sur lesquelles les parties seraient en désaccord. Les décisions des arbitres sont adoptées à la majorité simple, sont sans appel et ont force exécutoire.

23. Amendements incidents

En raison de la suppression des articles 19 (Commissions et redevances) et 20 (Réserve spéciale) de l'Accord de la Banque, tel que mentionné aux paragraphes 10 et 11 de la présente résolution, toutes références à ces articles, aux articles 14 (Bénéficiaires et méthodes des opérations) et 15 (Limites des opérations) sont supprimées par la présente résolution. Les instruments subsidiaires devront être amendés conformément aux règles et règlements applicables.

(1) Alle Vorschläge zur Änderung dieses Übereinkommens, gleichviel ob sie von einem Mitglied, einem Gouverneur oder dem Direktorium ausgehen, sind dem Vorsitzenden des Gouverneursrats zuzuleiten, der sie dem Rat vorlegt. Wird die vorgeschlagene Änderung vom Gouverneursrat gebilligt, so befragt die Bank die Mitglieder durch Rundschreiben, per Fax oder auf telegrafischem Weg, ob sie die vorgeschlagene Änderung annehmen. Nehmen zwei Drittel der Mitglieder, die drei Viertel der Gesamtstimmenzahl der Mitglieder besitzen, einschließlich zwei Drittel der regionalen Mitglieder, die drei Viertel der Gesamtstimmenzahl der regionalen Mitglieder besitzen, die vorgeschlagene Änderung an, so bestätigt die Bank dies umgehend durch förmliche Mitteilung an die Mitglieder.

22. Änderung des Artikels 62 des Bankübereinkommens (Schiedsverfahren)

Artikel 62 des Bankübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

Bei einer Streitigkeit zwischen der Bank und einem ehemaligen Mitglied oder, nach Beendigung der Geschäftstätigkeit der Bank, zwischen der Bank und einem Mitglied wird die betreffende Streitigkeit einem aus drei Schiedsrichtern bestehenden Schiedsgericht zur schiedsrichterlichen Entscheidung vorgelegt. Jede Streitpartei ernennt jeweils einen Schiedsrichter; die beiden auf diesem Weg ernannten Schiedsrichter ernennen den dritten, der Obmann des Schiedsgerichts ist. Hat innerhalb von 30 Tagen ab dem Zeitpunkt des Begehrens eines Schiedsspruchs eine der Parteien keinen Schiedsrichter ernannt oder ist innerhalb von 15 Tagen ab Ernennung der beiden Schiedsrichter der dritte Schiedsrichter nicht ernannt worden, so kann jede der Streitparteien den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs oder eine andere entsprechend den vom Gouverneursrat angenommenen Vorschriften bestimmte Instanz ersuchen, einen Schiedsrichter zu ernennen. Das Verfahren wird von den Schiedsrichtern bestimmt. Der dritte Schiedsrichter hat jedoch die Vollmacht, im Fall der Uneinigkeit bezüglich der Verfahrensfragen diese zu regeln. Die Entscheidungen werden mit einfacher Mehrheit der Schiedsrichter gefällt; sie sind endgültig und für die Streitparteien bindend.

23. Weitere Änderungen

Infolge der unter den Nummern 10 und 11 dieser Entschließung vorgesehenen Streichung der Artikel 19 (Provisionen und Gebühren) und 20 (Sonderreserve) des Bankübereinkommens werden hiermit Querverweise auf diese Artikel in den Artikeln 14 (Empfänger und Geschäftsmethoden) und 15 (Grenzen der Geschäftstätigkeit) gestrichen. Nebenurkunden sollen entsprechend den anzuwendenden Regeln und Vorschriften geändert werden.

Further decides that the amendments to the Bank Agreement contained in this Resolution shall enter into force on the date set forth in Article 60(4) of the Bank Agreement, following the adoption of the Resolution and acceptance of the amendments therein by the Members, in accordance with Article 60(1) of the Bank Agreement.

Décide en outre que les amendements à l'Accord de la Banque contenus dans la présente résolution entrent en vigueur à la date spécifiée à l'article 60(4) de l'Accord de la Banque, après l'adoption de la résolution et l'acceptation des amendements y contenus par les pays membres, en accord avec l'article 60(1) de l'Accord de la Banque.

Er beschließt des Weiteren, dass die in dieser Entschließung enthaltenen Änderungen des Bankübereinkommens an dem in Artikel 60 Absatz 4 des Bankübereinkommens festgelegten Tag in Kraft treten, nachdem die Entschließung angenommen wurde und die darin enthaltenen Änderungen durch die Mitglieder gemäß Artikel 60 Absatz 1 des Bankübereinkommens angenommen wurden.

Entschließung B/BG/2010/10

Angenommen auf der ersten Sitzung der fünfundvierzigsten Jahrestagung
der Afrikanischen Entwicklungsbank am 27. Mai 2010

über die Erhöhung der Anzahl von Exekutivdirektoren
nach Artikel 33 Absatz 1 des Übereinkommens zur Errichtung der Afrikanischen Entwicklungsbank

Resolution B/BG/2010/10

Adopted at the First Sitting of the Forty-Fifth Annual Meeting
of the African Development Bank, on 27 May 2010

Concerning the Increase in the Number of Executive Directors
under Article 33(1) of the Agreement Establishing the African Development Bank

Résolution B/BG/2010/10

Adoptée à la première séance de la Quarante-cinquième Assemblée annuelle
de la Banque africaine de développement, le 27 mai 2010

Relative à l'augmentation du nombre des administrateurs prévus
dans l'Article 33(1) de l'Accord portant création de la Banque africaine de développement

(Übersetzung)

The Board of Governors,

Having regard to:

1. The Agreement Establishing the African Development Bank (the "Bank Agreement"), in particular Articles 29 (Board of Governors: Powers), 31 (Board of Governors: Procedure), and 60 (Amendments); and
2. The Report of the Governors' Consultative Committee (GCC) of the African Development Bank (the "Bank"), as set forth in Document ADB/BG/GCC-XI/2010/Final/Rev.1 (the "Report");

Having considered the Report, in particular the recommendation of the GCC to increase the number of Executive Directors of the Bank from 18 to 20 and the fact that such an increase will require a consequential change in the composition of the Board of Directors and the number of Executive Directors reflected in the Bank Agreement;

Taking cognizance of Resolution B/BG/2002/04 adopted by this Board on 28 May 2002 concerning new Rules for the Election of Executive Directors of the African Development Bank (the "Election Rules");

Hereby decides to increase the number of Executive Directors under Article 33(1) of the Bank Agreement so that the provision reads as follows:

The Board of Directors shall be composed of twenty members who shall not be governors or alternate governors. Thirteen members shall be elected by the governors of the regional members and seven shall be

Le Conseil des gouverneurs,

Vu:

1. l'Accord portant création de la Banque africaine de développement (l'«Accord de la Banque»), en particulier les articles 29 (Conseil des gouverneurs: pouvoirs), 31 (Conseil des gouverneurs: procédure), et 60 (Amendements); et
2. le rapport du Comité consultatif des gouverneurs (CCG) de la Banque africaine de développement (la «Banque»), tel que figurant dans le document ADB/BG/GCC-XI/2010/Final (le «Rapport»);

Considérant le Rapport du CCG, en particulier la recommandation du CCG visant à augmenter le nombre des administrateurs de la Banque de 18 à 20, et le fait qu'une telle augmentation nécessitera une modification importante dans la composition du Conseil d'administration et dans le nombre d'administrateurs, reflétés dans l'Accord de la Banque;

Prenant connaissance de la Résolution B/BG/2002/04 adoptée par ce Conseil le 28 mai 2002 concernant de nouvelles règles pour l'élection des administrateurs de la Banque africaine de développement (les «Règles d'élection»);

par la présente résolution décide d'augmenter le nombre d'administrateurs prévus dans l'Article 33(1) de l'Accord de la Banque comme suit:

Le Conseil d'administration se compose de vingt membres qui ne sont ni gouverneurs ni gouverneurs suppléants. Treize membres sont élus par les gouverneurs des Etats membres régionaux et sept le sont par les

Der Gouverneursrat –

eingedenk

1. des Übereinkommens zur Errichtung der Afrikanischen Entwicklungsbank („Bankübereinkommen"), insbesondere der Artikel 29 (Gouverneursrat: Befugnisse), 31 (Gouverneursrat: Verfahren) und 60 (Änderungen), sowie
2. des Berichts des Beratungsausschusses der Gouverneure der Afrikanischen Entwicklungsbank („Bank"), enthalten in Dokument ADB/BG/GCC-XI/2010/Final/Rev.1 („Bericht");

nach Prüfung des Berichts, insbesondere der Empfehlung des Beratungsausschusses, die Anzahl der Exekutivdirektoren der Bank von 18 auf 20 zu erhöhen, sowie angesichts der Tatsache, dass diese Erhöhung eine Änderung der im Bankübereinkommen vorgesehenen Zusammensetzung des Direktoriums und der dort vorgesehenen Anzahl der Exekutivdirektoren nach sich zieht;

unter Berücksichtigung der vom Direktorium am 28. Mai 2002 angenommenen Entschließung B/BG/2002/04 über neue Vorschriften für die Wahl von Exekutivdirektoren der Afrikanischen Entwicklungsbank („Wahlvorschriften");

beschließt hiermit, die Anzahl der Exekutivdirektoren nach Artikel 33 Absatz 1 des Bankübereinkommens zu erhöhen, so dass der Absatz wie folgt lautet:

Das Direktorium besteht aus zwanzig Mitgliedern, die nicht Gouverneure oder stellvertretende Gouverneure sein dürfen. Dreizehn Mitglieder werden von den Gouverneuren der regionalen Mitglieder und sie-

elected by the governors of the non-regional members. They shall be elected by the Board of Governors in accordance with Annex B of the Bank Agreement. In electing the Board of Directors, the Board of Governors shall have due regard to the high competence in economic and financial matters required for the office. The Board of Governors may determine to change the number of members of the Board of Directors only by a three-fourths majority of the total voting power of the member countries, including with respect to provisions relating exclusively to the number and election of directors by the regional member countries, by a two-thirds majority of the governors of regional members, and with respect to the provisions relating exclusively to the number and election of directors by non-regional member countries, by a two-thirds majority of the governors of non-regional members.

Further decides that, notwithstanding the provisions of Article 60 of the Bank Agreement, this increase in the number of Executive Directors as reflected in the Bank Agreement and contained in this Resolution shall enter into force with immediate effect to allow for the orderly conduct of general elections for the Board of Directors during this Annual Meeting.

gouverneurs des Etats membres non-régionaux. Ils sont élus par les gouverneurs conformément à l'Annexe B de l'Accord de la Banque. En élisant les membres du Conseil d'administration, le Conseil des gouverneurs tient dûment compte de la haute compétence que les titulaires doivent posséder en matière économique et financière. Le Conseil des gouverneurs ne peut décider de modifier la composition du Conseil d'administration que par une majorité des trois quarts du nombre total des voix attribuées aux pays membres comprenant, en ce qui concerne les dispositions relatives exclusivement au nombre d'administrateurs et à leur élection par les pays membres régionaux, une majorité des deux tiers des gouverneurs des Etats membres régionaux, et en ce qui concerne les dispositions relatives exclusivement au nombre d'administrateurs et à leur élection par les pays membres non régionaux, une majorité des deux tiers des gouverneurs des Etats membres non régionaux.

Décide en outre que, nonobstant les dispositions de l'article 60 de l'Accord de la Banque, cette augmentation du nombre d'administrateurs reflétée dans l'Accord de la Banque et contenue dans la présente Résolution entrera en vigueur avec effet immédiat afin de permettre le bon déroulement des élections générales au Conseil d'administration au cours de cette Assemblée annuelle.

ben Mitglieder werden von den Gouverneuren der nichtregionalen Mitglieder gewählt. Sie werden vom Gouverneursrat nach Anlage B gewählt. Bei der Wahl der Direktoren beachtet der Gouverneursrat, dass für dieses Amt eine hohe Sachkenntnis in Wirtschafts- und Finanzfragen erforderlich ist. Der Gouverneursrat kann eine Änderung der Zahl der Mitglieder des Direktoriums nur mit Dreiviertelmehrheit der Gesamtstimmenzahl der Mitgliedstaaten beschließen, wobei diese Mehrheit in Bezug auf die Bestimmungen, die sich ausschließlich auf die Anzahl und Wahl der Direktoren durch die regionalen Mitgliedstaaten beziehen, eine Zweidrittelmehrheit der Gouverneure der regionalen Mitglieder, und in Bezug auf die Bestimmungen, die sich ausschließlich auf die Anzahl und Wahl der Direktoren durch nichtregionale Mitgliedstaaten beziehen, eine Zweidrittelmehrheit der Gouverneure der nichtregionalen Mitglieder umfassen muss.

Er beschließt des Weiteren, dass unbeschadet des Artikels 60 des Bankübereinkommens diese Erhöhung der Anzahl der Exekutivdirektoren, wie sie im Bankübereinkommen zum Ausdruck kommt und in dieser Entschließung enthalten ist, mit sofortiger Wirkung in Kraft tritt, um eine ordnungsgemäße Durchführung der Wahlen zum Direktorium während dieser Jahrestagung zu ermöglichen.

Denkschrift

I. Allgemeiner Teil

Die Afrikanische Entwicklungsbank (AfDB) wurde durch das Übereinkommen vom 4. August 1963 zur Errichtung der Afrikanischen Entwicklungsbank (Übereinkommen) gegründet. Mitglieder sind regionale (afrikanische) und seit einer im Jahre 1979 beschlossenen Änderung des Übereinkommens auch nichtregionale Staaten. Durch Vertragsgesetz vom 1. Juli 1981 (BGBl. 1981 II S. 253, 254) hat die Bundesrepublik Deutschland ihren Beitritt erklärt. Das Übereinkommen ist für sie am 18. Februar 1983 in Kraft getreten (BGBl. 1990 II S. 1355).

Die AfDB ist eine internationale Finanzierungsinstitution, die an Entwicklungsländer in Afrika Darlehen zur Entwicklungsfinanzierung vergibt. Die Bank kann sich wegen der Haftungsübernahme ihrer Kapitaleigner aus OECD-Ländern günstig am internationalen Kapitalmarkt refinanzieren. Die Bundesrepublik Deutschland vollzieht durch ihre Mitgliedschaft in der AfDB einen wichtigen Teil ihrer multilateralen Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika. Die Mitgliedschaft unterstreicht das Interesse der Bundesrepublik Deutschland an der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der afrikanischen Staaten.

Durch Änderungsgesetz vom 13. Juli 1999 (BGBl. 1999 II S. 554) sind bereits mehrere durch den Gouverneursrat der AfDB beschlossene Änderungen des Übereinkommens in deutsches Recht umgesetzt worden. Seitdem hat der Gouverneursrat gemäß Artikel 60 Absatz 1 des Übereinkommens weitere Änderungen beschlossen, die im Folgenden erläutert werden.

II. Besonderer Teil

1. Entschließung B/BG/2001/08

sieht insbesondere die Optimierung der Kapitalausnutzung und die Abschaffung von Provisionen auf direkte Darlehen vor. Ferner tragen die Änderungen des Übereinkommens dem Umstand Rechnung, dass Gold nach dem Ende des Goldstandardsystems in den 1970er Jahren im internationalen Zahlungsverkehr an Bedeutung verloren hat. An verschiedenen Stellen im Übereinkommen wird daher nach der Änderung nicht mehr auf Gold Bezug genommen.

Im Einzelnen:

Die Änderung des Artikels 1 dient der Klarstellung, dass die Bank nachhaltige Entwicklung und nachhaltigen Fortschritt zum Ziel hat.

Durch die Änderung von Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a wird unter Bezugnahme auf Absatz 3 derselben Vorschrift klargestellt, dass das Stammkapital der Bank erhöht werden kann.

Die Änderung des Artikels 5 Absatz 1 Buchstabe b sieht vor, dass sich der Wert der Rechnungseinheit der Bank künftig nicht mehr am Goldpreis orientieren wird, sondern einem Sonderziehungsrecht des IWF entsprechen wird.

Mit der Änderung des Artikels 5 Absatz 2 wird das Verhältnis zwischen Einzahlungs- und Haftungskapital effizienter und flexibler gestaltet. Die bisher vorgesehene hälftige Teilung des Stammkapitals in Einzahlungs- und Haftungskapital wird aufgegeben. Künftig bestimmt der Gouverneursrat das Verhältnis. Auf diese Weise wird eine Optimierung der Kapitalausnutzung angestrebt.

Nach Artikel 6 Absatz 4 kann der Gouverneursrat der Bank beschließen, Anteile an der Bank nicht zum Nennwert auszugeben. Die Änderung der Vorschrift hat zur Folge, dass der Gouverneursrat dies ohne absolute Mehrheit und ohne Vorliegen besonderer Umstände beschließen kann.

Mit den Änderungen des Artikels 7 Absatz 2 und 4 Buchstabe b wird Gold als Zahlungsmittel gegenüber der Bank abgeschafft.

Die Änderung des Artikels 14 Absatz 1 Buchstabe c stellt klar, dass Investitionen der Bank als Beteiligung am Eigenkapital eines Unternehmens oder einer Einrichtung zugunsten eines oder mehrerer regionaler Mitgliedstaaten der Bank geleistet werden.

Nach Artikel 15 Absatz 4 Buchstabe a dürfen eingegangene Zahlungsverpflichtungen im Rahmen von Investitionsvorhaben einen bestimmten Prozentsatz des eingezahlten Stammkapitals der Bank nicht übersteigen, um hinreichende Deckung zu sichern. Durch die Änderung der Vorschrift wird die feste 10-Prozent-Grenze abgeschafft und der Gouverneursrat ermächtigt, eine Regelung zu treffen.

Artikel 15 Absatz 4 Buchstabe b stellt sicher, dass die Bank durch eine Investition keine beherrschende Beteiligung an einem Unternehmen oder einer Einrichtung erlangt. Daher darf eine Investition der Bank einen bestimmten Prozentsatz des Eigenkapitals des Unternehmens oder der Einrichtung nicht übersteigen. Für die Festsetzung dieses Prozentsatzes ist nach der Änderung nicht mehr der Gouverneursrat, sondern das Direktorium zuständig.

Durch die Änderung des Artikels 16 entfällt die Bezugnahme auf die Goldbestände der Bank.

Die Änderung des Artikels 17 Absatz 1 Buchstabe d zielt darauf ab, Beschränkungen für die Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen aus Mitteln der Bank abzubauen. Grundsätzlich sind Güter und Dienstleistungen in Mitgliedstaaten zu beschaffen. Dies kann aber zu höheren Kosten führen und erschwert gemeinsame Projekte mit anderen Gebern, die auch in Nichtmitgliedstaaten einkaufen. Ausnahmen von diesem Grundsatz können daher vom Direktorium beschlossen werden. Durch die Änderung der Vorschrift wird das Erfordernis einer qualifizierten Mehrheit für einen solchen Beschluss gestrichen und weitere Beschränkungen bei der Verwendung von Mitteln aus einer Kapitalerhöhung abgeschafft.

Mit der Änderung des Artikels 18 Absatz 3 Buchstabe c wird Gold als Mittel zur Zahlung gegenüber der Bank gestrichen.

Durch die Streichung des Artikels 19 werden Provisionen auf direkte Darlehen der Bank abgeschafft, was zu einer Vereinfachung bei der Berechnung der Kosten für Darlehen führt.

Folglich wird auch Artikel 20 gestrichen, der Sonderreserven betrifft, die aus Einnahmen gemäß Artikel 19 stammen.

In Artikel 26 Ziffer i entfällt durch die Änderung die Bezugnahme auf Gold.

Auch in Artikel 27 Absatz 1 Buchstabe a, b und d sowie Absatz 4 entfällt die Bezugnahme auf Gold. Gemäß Absatz 4 Buchstabe b darf die Bank aus ihren Währungsbeständen keine anderen Währungen ihrer Mitglieder erwerben, es sei denn das Direktorium beschließt dies. Durch die Änderung der Vorschrift wird das Erfordernis einer qualifizierten Mehrheit für eine solche Entschließung gestrichen.

Die Änderung des Artikels 28 Absatz 3 trägt dem Umstand Rechnung, dass nach dem Ende des Goldstandardsystems gleichmäßige Änderungen der Parität der Währungen aller Mitgliedstaaten praktisch nicht mehr vorkommen. Nach der Änderung der Vorschrift hat nun derjenige das Recht, auf einen Wertausgleich im Falle von Währungsschwankungen zu verzichten, der einen Anspruch auf Wertausgleich hat.

Die Änderung des Artikels 30 Absatz 1 sieht vor, dass der Vorsitzende des Gouverneursrats länger als ein Jahr im Amt bleiben kann, wenn der Rat dies beschließt.

In Artikel 40 Absatz 3 entfällt durch die Änderung die Bezugnahme auf Goldbestände der Bank.

Durch die Änderung des Artikels 44 Absatz 1 wird dem Direktorium die Befugnis zur Suspendierung von Mitgliedstaaten entzogen und auf den Gouverneursrat übertragen. Ein Suspendierungsbeschluss des Gouverneursrats muss nach der Änderung mit qualifizierter Mehrheit gefällt werden. Ferner sieht die Änderung vor, dass der Gouverneursrat anstelle der vollständigen Suspendierung nur die Stimmrechte eines Mitglieds aussetzen kann.

Die Änderungen des Artikels 44 Absatz 2 und 3 betreffen die sprachliche Fassung der Bestimmungen und haben keine Änderung des Regelungsgehalts zur Folge.

Der angefügte neue Artikel 44 Absatz 4 sieht vor, dass der Gouverneursrat Regeln zur Umsetzung des Artikels 44 erlassen kann.

In Artikel 45 Absatz 3 Buchstabe c entfällt die Bezugnahme auf Gold als Zahlungsmittel.

Mit der Änderung des Artikels 47 Absatz 1 wird klargestellt, dass sich die Beendigung der Geschäftstätigkeit der Bank nicht nur auf Darlehen und Garantien, sondern auch auf ihre Kapitalinvestitionen bezieht. Für den Beschluss des Gouverneursrats, die Geschäftstätigkeit der Bank zu beenden, wird das Mehrheitserfordernis geändert.

Die Änderung des Artikels 49 Absatz 2 führt zur Streichung besonderer Mehrheitserfordernisse für Beschlüsse über die Verteilung des Stammkapitals der Bank im Falle der Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit.

Durch die Änderung des Artikels 60 Absatz 1 ergeben sich formale Neuerungen im Ablauf des Verfahrens zur Änderung des Übereinkommens.

Die Änderung des Artikels 62 über das Schiedsverfahren sieht im ersten Satz der Vorschrift sprachliche Änderungen vor, die ohne inhaltliche Auswirkungen bleiben. Im Weiteren werden die Regelungen über die Auswahl der Schiedsrichter im Schiedsverfahren geringfügig geändert.

Weitere Änderungen ergeben sich durch die Streichung des Artikels 20 in Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer i und Artikel 15 Absatz 1 und 4 Buchstabe a. Die dort enthaltenen Verweisungen auf Artikel 20 werden gestrichen.

2. Entschließung B/BG/2010/10

sieht eine Erweiterung des Direktoriums von 18 auf 20 Sitze vor. Zu diesem Zweck wird Artikel 33 Absatz 1 geändert.

Jeder Direktor vertritt im Direktorium eine Stimmrechtsgruppe, der jeweils mehrere Mitgliedstaaten angehören.*) Dabei entspricht es langjähriger Praxis, dass jeder Mitgliedstaat abwechselnd nach einem innerhalb der jeweiligen Stimmrechtsgruppe ausgehandelten Rotationsschema einen Exekutivdirektor zur Wahl stellen darf.

Trotz Rotation sind einige Mitgliedstaaten im Direktorium schwach repräsentiert. Dies gilt vor allem für Südafrika, das trotz beträchtlicher Anteile an der Bank im Direktorium nur etwa alle fünfzehn Jahre innerhalb seiner Stimmrechtsgruppe einen Direktor für drei Jahre vorschlagen durfte. Daher hat sich das Land seit Langem um bessere Repräsentanz im Direktorium bemüht. Nach der Änderung des Übereinkommens wird es künftig einen weiteren Sitz für die regionalen Mitglieder geben, den Südafrika mit seiner neuen Stimmrechtsgruppe besetzen wird, sowie einen neuen Sitz für die nichtregionalen Mitglieder.

*) Eine Ausnahme bilden die Vereinigten Staaten, die einen Sitz allein innehaben.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333